



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Stockhammern, Franz von: Italien und Deutschland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

er es dahin gebracht, daß das deutsche Volk, das der Entwicklung der Union seit ihrer Begründung so teilnehmend und hilfsbereit gegenüberstand wie kein anderes, dessen Angehörige stets mit an vorderster Stelle genannt werden müssen, wenn es gilt, Amerikas Entwicklung zu erklären, zum Paria der Nationen geworden ist und in drohender Gefahr schwebt, dauernd zum Sklavenvolk herabzusenken. Dafür kann es sich in erster Linie bei Herrn Wilson bedanken.

In zweiter Linie allerdings bei sich selbst. In der Mitteilung an die provisorische Regierung von Rußland vom 9. Juni 1917 hat der Präsident feierlich Einspruch erhoben, daß der Krieg enden dürfe „mit der Wiederherstellung des status quo ante“. Das sei das Streben der „kaiserlich deutschen Regierung und derer, die sich von ihr gebrauchen lassen“. Aber „die Macht, die die kaiserlich deutsche Regierung im Reich, und die weitreichende Herrschaft, die sie außerhalb des Reiches ausübte, sind es gewesen, die diesen graufigen Krieg herbeigeführt haben!“ Das geschah zu der Zeit, als Erzberger, der Vertrauensmann der Habsburger, die Reichstagserklärung über einen Verständigungsfrieden vorbereitete! Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte amtlich verkündet, daß er das Deutsche Reich nicht erhalten, sondern schwächen wollte! Die schönen Redewendungen über Gerechtigkeit und Selbstregierung im Völkerleben, mit denen die Erklärung verbrämt war, konnten an ihrem Inhalt nichts ändern. Die Agitation, die längst eingesezt hatte, Stimmung und Gesinnung des deutschen Volkes zu zermürben, hatte durch den Einsatz amerikanischer Mittel einen riesenhaften Aufschwung genommen. Unser Volk ist ihr in seiner schier unbegreifbaren politischen Urteilslosigkeit erlegen. Den Deutschen, der heute noch glaubt, daß Wilson es je ehrlich mit Deutschland meinte, stellte vor kurzem nicht ohne guten Grund ein amerikanischer Freund vor die Wahl, sich entweder als Schurke oder als Tropf zu fühlen. Unter allen, die am Grabe unseres Volkes geschaufelt haben, hat keiner fleißiger, geschickter und erfolgreicher gearbeitet als Thomas Woodrow Wilson. Das ist das Urteil, das man jetzt fällen muß, und es wird das der Geschichte bleiben.



Italien und Deutschland

Von Franz von Stockhammern, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium



Wie in Deutschland, wie in Italien sympathisch beurteilten Beglaubigung des Herrn von Berenberg-Göpler als Botschafter des Deutschen Reichs in Rom sind die völkerrechtlichen Beziehungen Deutschlands zu Italien in vollem Umfang wieder aufgenommen. Hamburg, die Stadt weltumfassender Interessen und großer volkswirtschaftlicher Traditionen hat in Herrn von Göpler dem Deutschen Reich den zweiten Vertreter auf wichtigem Posten im Ausland gegeben. Das Freisein von jeder geistigen Beengtheit wirtschaftlicher oder politischer Natur, das den führenden Männern unserer alten Hansestädte eigen ist, dürfte dem neuen Botschafter in Italien zur Empfehlung gereichen.

Nachdem wir nunmehr mit Italien in das Verhältnis korrekter amtlicher Beziehungen getreten sind, obliegt der öffentlichen Meinung Deutschlands die nicht leichte Aufgabe, die Pflege dieser Beziehungen mit Takt und Sorgfalt zu unterstützen. Sie wird hierbei sowohl den zum Teil irrtümlichen Vorstellungen Rechnung zu tragen haben, die in Deutschland über die Kriegspolitik Italiens bestehen, als auch den nicht geringen Schwierigkeiten, mit denen die italienische Außenpolitik für die nächste Zukunft belastet ist. Man wird sich in Deutschland davor hüten müssen, gegen Italien in unverständigem Groll wegen der Intervention im Jahre 1915 zu beharren. „De toutes les politiques“ schreibt in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein französischer Geschichtsforscher, und zwar mit Bezug auf das damalige Verhältnis zwischen Italien und Frankreich, „la plus désévue est la politique de la rancune“. Man wird aber auch über der zweifellos freundlicheren Stimmung, die sich für Deutschland selbst in geistig und politisch führenden Schichten des italienischen Volkes zu regen beginnt, nicht vergessen dürfen, daß die maßgebenden Kreise Italiens einschließlich der Regierung ihre außenpolitische Haltung nur nach bestimmten Gesichtspunkten kluger Zurückhaltung und vorsichtiger Rücksichtnahme auf die Verbündeten bemessen können. Die italienische Mentalität ist, des leidenschaftlichen Pathos ungeachtet, dessen sie im Affekt fähig ist, kühl, nüchtern, skeptisch. Überschwang von deutscher Seite, Betonung von Gefühlen, Erwartungen und Hoffnungen unsererseits sind daher verfehlt. Verfehlt sind auch Anknüpfungen an gewisse historische Begriffe und Vorstellungen, die Italien dem deutschen Geist und dem deutschen Gemüt nahegebracht haben. Italien will nicht mehr das Land der Museen, nicht mehr das Land von Romo und Julia, nicht mehr das Land der Fremden sein. Italien hat im Weltkrieg unzweifelhafte Proben eines durch Mißerfolge nicht zu beugenden und mit den Schwierigkeiten der Lage nur erstarkenden bewundernswerten Patriotismus gegeben. Italien, dessen Armee sich in den Angriffsschlachten am Sponzo wie im Hochgebirgskampfe bewährte, Italien, das seine zu Kriegsbeginn nicht sehr große Industrie auf neue Grundlagen gestellt hat, ist ein modernes Land geworden und wünscht als modernes Land beurteilt und behandelt zu werden. Die historischen Reminiszenzen aller Art, auf die man sich in Italien lange Jahrzehnte zugute tat, der Stolz auf die klassischen Traditionen, auf die Kunst des Mittelalters und der Renaissance, all dies tritt heute zurück hinter den realen politischen Aufgaben und Forderungen der Gegenwart.

Bedauerlicherweise ist die öffentliche Meinung Italiens über die Entwicklung, die im Juli 1914 zur Katastrophe führte, fast noch weniger unterrichtet, wie jene Deutschlands. Man weiß in Italien nicht, daß das deutsche Volk auf Grund der Darstellung, die ihm die damals allein maßgebenden amtlichen publizistischen Quellen gaben, sich 1914/15 von Italien vertragswidrig verlassen glaubte, und daß es aus dem bitteren Empfinden heraus, das diese Darstellung in ihm erregen mußte, die Teilnahme deutscher Armeen an den österreichischen Operationen des Herbstes 1917 mit Sympathie begrüßte. Umgekehrt ist man sich in Deutschland nicht darüber klar, daß die brisante Art, mit der man von Berlin aus in den unheilvollen Juliwochen 1914 Italien bewußt und absichtlich von den mit Wien über die Belgrader Démarche geführten Verhandlungen ausschloß, die italienische Regierung nicht nur auf das tiefste verstimmen mußte, sondern ihr auch im Hinblick auf die klaren Bestimmungen des Dreibundvertrages die Handhabe bot, den Fall der Bündnispflicht nicht an-

zuerkennen. Die heute, vom Standpunkt ruhiger, geschichtlicher Rückchau aus unzersehbare und unbegreifliche Heimlichtuerei, in der man sich in Wien und in Berlin in jenen Tagen gegenüber Rom gefiel, machte es der Consulta wirklich sehr schwer, sich ein auch nur einigermaßen klares Bild von den Absichten der damaligen deutschen und österreichischen „Staatsmänner“ zu machen. Nicht einmal einem so erprobten Freunde Deutschlands und so bewährten Anhänger des Bündnisses, wie dem Botschafter Dollati, gelang es, den Schleier zu lüften, der über die gegen Serbien anzusetzende Aktion von Wien und Berlin ausgebreitet worden war. Die Verstimmung Roms gegen ein Vorgehen, das Italien als quantité absolument négligeable erscheinen lassen mußte, war umso begreiflicher, als die Stellung, die die italienische Regierung ein Jahr vorher anlässlich des Wiener Projektes einer Aktion gegen das ihm unbequeme Serbien eingenommen hatte, keinem Zweifel Raum hatte lassen können, daß Italien in diesem Punkt besonders empfindlich sei und im Hinblick auf lebenswichtige eigene Interessen eine besondere Rücksichtnahme erwarten würde.

Bekanntlich haben sich die Kabinette von Wien und Berlin nicht damit begnügt, den italienischen Verbündeten über die schicksalsschweren Verhandlungen, die im Juli 1914 zu dem unseligen Ultimatum an Serbien führten, völlig im Dunkeln zu lassen, sondern die damalige deutsche Reichsleitung hielt es darüberhin offenbar für eine besondere Stärkung des Bündnisgedankens, an Rußland und Frankreich von deutscher Seite aus den Krieg zu erklären. Italien sah sich hierdurch vor eine Zwangslage gestellt, für die es jede Verantwortung ablehnen konnte. Die italienische Regierung, die sich über die Antezedenzen des Ultimatus nur auf Umwegen unterrichten konnte, hatte sich gegen diese verhängnisvolle Aktion, die sie natürlich mit äußerster Energie bekämpft hätte, überhaupt nicht aussprechen können. Man hat die Italien gegenüber beobachtete Zurückhaltung mit dem Hinweis auf die damalige Intimität zwischen St. Petersburg und Rom entschuldigt, die ein vorzeitiges Bekanntwerden der Aktion an der Newa habe befürchten lassen. Die italienische Regierung hätte dem Weltfrieden, und sie hätte insbesondere auch Deutschland, keinen größeren Dienst erweisen können, als wenn sie das Ultimatum an Serbien rechtzeitig zu Fall gebracht hätte. Sie ist jedoch nicht in der Lage gewesen, das Ultimatum zu verhüten, und sie hat auch keinen irgendwie gearteten Einfluß auf die Beurteilung gehabt, die in Wien die zu 90 Prozent, wie gar nicht bestritten werden kann, entgegenkommende Antwort der serbischen Regierung gefunden hatte. Italien machte in dieser für eine verbündete Großmacht peinlichen Lage von seinem formellen Recht Gebrauch, als es angesichts der doppelten Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und Frankreich das Vorhandensein des Bündnisses bestritt und seine Neutralität erklärte.

Die Unkenntnis dieser Vorgänge hatte, als die Neutralitätserklärung Roms in den ersten Augusttagen 1914 bekannt wurde, zur naturgemäßen Folge, daß in Deutschland eine gereizte Stimmung gegen Italien einsetzte, die durch die Intervention Italiens 1915 erheblich verschärft wurde und ihren Höhepunkt erreichte, als Italien Ende August 1916 an Deutschland den Krieg erklärte. Diese Stimmung des deutschen Volkes war umso begreiflicher, als man in Deutschland wie über die Vorgeschichte des Ultimatus an Serbien, so auch über die langwierigen Verhandlungen, die während der sogenannten Neutralitätsperiode (August 1914 bis

Mai 1915) zwischen Italien, Österreich-Ungarn und Deutschland wegen des Trentino geführt wurden, völlig im unklaren gelassen worden war.

Es wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben, Licht in diese dunklen Seiten der deutschen Politik des Winters 1914/15 zu bringen. Sie wird aktenmäßig festzustellen haben, welche Schwierigkeiten man der römischen Mission des Fürsten Bülow gemacht hat, nicht um der Sache, sondern um Kleinlicher persönlicher Motive willen. Die künftige Geschichtsschreibung wird die schwächliche Politik aufdecken, die zwar dem Fürsten Bülow Entgegenkommen gegenüber den italienischen Wünschen endlich freigab, Österreich gegenüber aber diese allein richtige Haltung so wenig nachdrücklich vertrat, daß in Wien die Meinung entstehen konnte, man wäre in Berlin mit dem Fürsten innerlich doch nicht recht einverstanden und finde den österreichischen Standpunkt mindestens begreiflich, vielleicht sogar richtig. Sie wird auch zu untersuchen haben, wie es kam, daß der österreichisch-ungarische Botschafter, Baron Macchio, wiederholt bei Sonnino das Gegenteil von dem zu erklären hatte, was der deutschen Botschaft von Berlin aus als der entschiedene Wille des Ballplatzes bezeichnet worden war. Sie wird zu ermitteln haben, warum die dringenden Vorstellungen des Fürsten Bülow, der im Hinblick auf den Ernst der Situation einem loyalen und möglichst baldigen Entgegenkommen gegenüber dem im Dreibündnisvertrag begründeten territorialen Forderungen Italiens das Wort redete, unbeachtet geblieben sind. Sie wird auch die Frage zu beantworten haben, warum wir Österreich-Ungarn, durch das wir uns in den Krieg hatten treiben lassen, und um dessentwillen wir mit Italien, von dem keine irgendwie gearteten Interessen uns trennten, in den Kriegszustand geraten sollten, in seiner Halsstarrigkeit freie Hand gelassen, und warum wir dem Baron Burian ermöglicht haben, Italien bis Anfang Mai 1915, also bis zum Vorabend der Entscheidung, in vollkommener Unklarheit über die Aufrichtigkeit und Grenzen der Wiener Absichten bezüglich des Trentino zu lassen. Und warum wurde Fürst Bülow, der vor seiner Abreise nach Rom von Kaiser Wilhelm II. mit einer langen gnädigen Aussprache beehrt worden war, und der während seiner Anwesenheit in Rom wiederholt freundliche Telegramme des Kaisers erhalten hatte, nach seiner Rückkehr von Rom, wo er seine beste Kraft für die Sache des Friedens eingesetzt hatte, vom Kaiser überhaupt nicht empfangen? Soviel Fragen, soviel Rätsel.

Es ist begreiflich, daß die öffentliche Meinung Deutschlands wie Italiens sich nur langsam und schwierig durch die trüben Dünste von Mißverständnissen und Zweifeln hindurch, die über den Jahren 1914/15 liegen, zu der reineren Atmosphäre objektiver Beurteilung werden durcharbeiten können, in der die nüchterne Politik allein gedeihen kann. Und dennoch ist eine derartige gegenseitige Aufklärung der Vergangenheit die unerläßliche Voraussetzung für die Wiederanknüpfung jener wirtschaftlichen Beziehungen, deren beide Länder unter korrekter Wahrung ihrer vollen gegenseitigen politischen Unabhängigkeit im gemeinsamen Interesse bedürfen. Den Zwecken dieser Aufklärung sollen sowohl die Veröffentlichung einer Auswahl meiner Berichte an den Grafen Hertling, wie diese Ausführungen dienen. Der frühere Botschafter in Wien, Graf Wedel, hat sich zu den erwähnten Berichten, wie auch zu einem Artikel der „Hamburger Nachrichten“, in dem Dr. Spickernagel das Thema Deutschland und Italien behandelt, geäußert. Soweit hierbei, von mir nicht veranlaßt, persönliche Rancune speziell gegen meine Person zutage tritt, lasse ich sie unbeachtet, da

es bei der von mir aufgenommenen Diskussion nach meiner Ansicht lediglich auf die Sache ankommt, die vom Grafen Wedel vertreten wird. Um die steht es aber nicht gerade glänzend. Dr. Spickernagel war in seinem Artikel auf die von Violitti im Herbst 1914 in der italienischen Kammer abgegebene Erklärung zurückgekommen, daß Österreich schon 1913 sich mit Angriffsplänen gegen Serbien getragen habe, welche Absichten damals durch den italienischen Einspruch im Keime erstickt worden wären. Graf Wedel bestreitet, daß eine solche Bedrohung Serbiens bestanden habe. Das Vorhandensein solcher Velleitäten in Wien schon vor dem Unglücksjahr 1914 ist aber doch schwer in Abrede zu stellen. Der Wiener Publizist Nowak hat in seinem bekannten Buch, das im Auftrage des Feldmarschalls Konrad von Hoekendorff geschrieben und von diesem ausdrücklich approbiert wurde, keinen Zweifel darüber gelassen, daß der genannte ausgezeichnete österreichische Heerführer während des ersten Jahrzehntes dieses Jahrhunderts keinen brennenderen Wunsch hatte, als sowohl gegen Serbien wie gegen Italien einen frischen, fröhlichen prophylaktischen Krieg zu führen, an dieser Absicht aber durch die vom Fürsten Bülow geleitete deutsche Politik verhindert worden wäre. Der damalige k. k. Minister des Außern, Graf Threnthal habe sich übrigens dem Standpunkt des Fürsten Bülow angeschlossen. Das wird wohl richtig sein. Fürst Bülow hat es bei allen Zwischenfällen, wie sie die Politik nun einmal mit sich bringt, und insbesondere während der bosnischen Krisis von 1908/1909 immer vermieden, jene Grenze zu überschreiten, wo kein anderer Ausweg als der Krieg bleibt. 1914 dagegen „schlitterten“ wir, um einen Ausdruck des Großadmirals von Tirpitz zu gebrauchen, in den fürchterlichsten aller Kriege hinein.

Wenn der österreichische Botschaftsrat in Berlin im Sommer 1914 dem Grafen Wedel sagte, die Zentralmächte könnten sich den ganzen Krieg ersparen, wenn Deutschland Elsaß-Lothringen an Frankreich abträte, so wird dieser ihm gewiß geantwortet haben, daß der Krieg ja gar nicht wegen Elsaß-Lothringen ausgebrochen, sondern durch das österreichische Vorgehen gegen Serbien hervorgerufen worden sei. Daß ein derartiges schroffes Ultimatum wie das von Österreich an Serbien gerichtete Schriftstück — Sir Edward Grey bezeichnete bekanntlich in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter in London das Ultimatum unmittelbar nach dessen Übergabe in Belgrad als das schroffste Dokument, das ihm je vorgekommen wäre — den Weltfrieden in ernstester Gefahr bringen würde, war für ein Kind mit Händen zu greifen. Wie war es möglich, diese rein sachliche, von persönlichen Stimmungsmomenten unabhängige, und daher wohl in Ruhe beantwortbare Frage möchte ich an den Grafen Wedel richten, daß gegenüber der ungeheuren Gefahr, die dieses Ultimatum in sich barg, wir unsere Zustimmung zu dessen Absendung nicht von bestimmten Bedingungen und Voraussetzungen abhängig machten? In erster Linie mußten wir fordern, daß das Wiener Kabinett sich vor Übergabe des Ultimatus und jedenfalls vor einem militärischen Vorgehen gegen Serbien die Kooperation Italiens durch die Abtretung des Trentino sicherte. Graf Wedel schreibt, Herr von Bethmann und Herr von Jagow hätten, als der Ausbruch des Krieges unvermeidlich schien, Wien zu bewegen gesucht, das Trentino an Italien abzutreten, Wien habe aber schroff abgelehnt. Die völlige Abhängigkeit, in die unsere Politik Wien gegenüber geraten war, tritt aus diesen Worten in wahrhaft betäubender Weise hervor. Wir „suchen zu bewegen“, Wien „lehnt schroff ab“! Dies ist das Leitmotiv, mit dem die Welt-

tragödie einsetzt, und das unser Verhältnis zur Donaumonarchie bis zu den Tagen des elenden Verrats durch Kaiser Karl beherrschte. Wien durfte unser Plazet zu seinem Vorgehen nicht erhalten, bevor es sich nicht die Kooperation von Italien gesichert hatte. Wenn Kaiser Franz Joseph, als die Verhandlungen über das Trentino scheiterten, und damit der Krieg zwischen Österreich und Italien unvermeidlich wurde, ausgerufen haben soll, dies sei der erste gute Tag seit langer Zeit, so ist diese Auslassung ein tragischer Beweis dafür, daß der ehrwürdige Monarch über die Situation seines Landes und die Weltlage von seinen Ratgebern mehr als mangelhaft informiert worden war. Der Zauber, den das Land Tirol auf jeden Deutsch-Österreicher und, wir können ruhig hinzufügen, auf jeden Deutschen ausübt, ist ein Erbteil unserer Geschichte, berechtigt und sympathisch. Es handelte sich damals aber nicht um ganz Tirol, sondern um dessen italienischen Teil, der übrigens erst seit 100 Jahren ein integrierender Bestandteil der habsburgischen Monarchie war. War der Besitz des Trentino für Österreich wirklich wichtiger als der Fortbestand der Doppelmonarchie? Und war insbesondere für uns die Zugehörigkeit des Trentino zu Österreich von größerer Bedeutung als die Frage, ob wir in dem fürchterlichsten aller Kriege uns außer so vielen anderen Feinden noch eine Großmacht auf den Hals ziehen wollten? Wer sich diese Frage ruhig überlegt, wird wohl zu der Ansicht gelangen, daß wir vor Klärung der österreichisch-italienischen Beziehungen, d. h. vor der Regelung der Trentinofrage, Österreich an der Leine behalten, und statt dem Grafen Hoyos *carte blanche* mitzugeben, alles tun mußten, was geeignet schien, den Leichtsinne des Grafen Berchtold zu zügeln.

Diese wenigen Bemerkungen zu den Wedelschen Ausführungen zeigen, welche Wolken von Mißverständnissen über den Ereignissen des Jahres 1914 liegen, und wie wichtig es ist, die öffentliche Meinung Italiens über diese Dinge aufzuklären, die ihren Stachel dort bis auf heute zurückgelassen haben.

Wie bereits einleitend bemerkt, erfordert die Wiederanbahnung von Beziehungen zu Italien große Behutsamkeit. Es ist gewiß, daß Deutschland seit den Tagen des Waffenstillstandes manch Gutes aus Italien gehört hat. Für den böden Haß und den brutalen Vernichtungswillen, der in Frankreich und, wenn auch vielleicht besser versteckt, in England Deutschland gegenüber lebt, ist in Italien kein Raum. Zwischen Deutschland und Italien haben nie Gegensätze bestanden, die ein Lebensinteresse der einen oder anderen Nation berührt hätten. Der militärische Waffengang, in den Deutschland, nachdem man sich ein Jahr lang mit dem Beharrungszustand einer platonischen Kriegserklärung begnügt hatte, im Jahre 1917 mit Italien eintrat, hat zwar Wunden und Narben hinterlassen. Doch ist die Mehrheit des italienischen Volkes zu einsichtig, als daß sie des ehrlich geführten Kampfes nicht vergessen könnte. Die zweifellos gute Stimmung, die in weiten Kreisen Italiens für Deutschland festzustellen ist, wurzelt nicht zuletzt in der Erkenntnis, daß das Deutsche Reich nie Italiens Feind gewesen ist und daß es nur durch die selbstverschuldete Tragik seiner schwächlichen Unterordnung unter die Desperadopolitik Österreich-Ungarns Italien als militärischer Gegner gegenübergetreten ist. Manche Aktionen der italienischen Regierung in jüngster Zeit haben sich in der Richtung dieses Volksempfindens bewegt. Rom hat wiederholt — es sei an die Frage der Auslieferung Kaiser Wilhelms II. und unserer ruhmreichen Heerführer, es sei an die Herbeiführung der Konferenz von Spa

erinnert — bekundet, daß Italien entschlossen ist, sich in seiner Stellung gegenüber Deutschland ausschließlich von politischen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Dies ist neuestens auch in jenen unglücklichen Abstimmungsgebieten Schlesiens zutage getreten, in denen in Entscheidungen italienischer Kommissare und Militärs sich wiederholt die Stimme ausgleichender Gerechtigkeit und ehrlicher Neutralität zur Geltung gebracht hat. Das deutsche Volk hat diese Stimmungsmomente mit Dank verzeichnet. Die öffentliche Meinung Deutschlands würde aber irgehen, wenn sie aus diesen Einzelakten ein neues Gebäude von Illusionen konstruieren wollte. Daraus, daß die italienischen Staatsmänner nicht jeden verbrecherischen Wahnsinn mitmachen, den man in Paris ausheckt, schließen zu wollen, Italien sei für Deutschland, oder werde sich in absehbarer Zeit Deutschland nähern, wäre eine gefährliche Selbsttäuschung. Italien hat mit großen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. So verfehlt es wäre, zu glauben, Italien stehe am Vorabend einer Revolution, eine Annahme, die nur in Kreisen bestehen kann, wo man Italien und die Triebkräfte seines öffentlichen Lebens nicht kennt, so bedenklich wäre es, die Bedeutung der innerpolitischen Probleme zu verkennen, vor die das Kabinett Giolitti sich gestellt sieht. Die beiden großen Parteien, Sozialisten und Popolari, die derzeit die parlamentarische Lage beherrschen, und die ihre augenblickliche Stärke nicht einer naturgemäßen inneren Entwicklung, sondern dem Umstand verdanken, daß sie von Anfang an allein gegen den Krieg waren, haben sich auf dem Boden neuer, gemeinschaftlicher, zum Teil von Moskau aus suggerierter Ideen gefunden. Sie haben sich so sehr gefunden, daß die Intimität ihres Verhältnisses den Heiligen Stuhl, zu dessen näherem Interessenskreis die Popolari vorerst noch gehören, in ernste Sorge versetzt. Das zielbewußte Eingreifen Giolittis hat den im Lande gärenden und treibenden Kräften vorerst den Weg eines gewissen Ausgleichs zu weisen gewußt. Zu den Schwierigkeiten im Innern kommen die engen Schranken, die der Außenpolitik jedes Mitgliedes der Entente gezogen sind und gezogen sein werden, solange Frankreich, dank der außerkontinentalen Schwierigkeiten Englands in Europa diktiert.

Endlich ist zu beachten, daß die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland nicht dazu angetan sind, auf eine fremde Macht anziehend zu wirken. Man macht sich in Deutschland vielfach keinen richtigen Begriff von dem geringen Maß von Achtung und Vertrauen, das leider das Ausland dem „neuen“ Deutschland entgegenbringt. Ideen, wie Patriotismus und stolzes Nationalgefühl, allen anderen großen und auch kleinen Völkern Ausgangspunkt und Endziel ihres Denkens, Empfindens und Handelns werden in Deutschland verpönt und herabgewürdigt. Die eigenen Volksgenossen verraten die letzten armseligen Reste einer großen militärischen Vergangenheit an den Feind. Spärlich nur und widerwillig geduldet lebt im Land ein Gefühl stolzer Trauer im Gedenken an die Ruhmestaten unserer Armee und ihrer Führer, die 5 Jahre lang an 5 Fronten sich einer Welt gegenüber behauptet haben. Die Feinde Deutschlands, speziell Frankreich, mögen dies fast völlige Ausschneiden nationalen Empfindens, das bei uns so vielfach wahrzunehmen ist, mit Genugtuung verzeichnen, ebenso sicher aber ist, daß sie uns deswegen verachten. Der Tiefstand nationalen Ehrgefühls, an dem das öffentliche Leben Deutschlands angelangt erscheint, untergräbt das Vertrauen, das ein etwa uns günstig gesinntes Land auf unser wirtschaftliches Wiedererstarben zu setzen

wünscht. Wenn wir lernen wollen, wie ein großes Volk sich auch aus schwerem Unglück wieder erhebt, so brauchen wir uns nur die Geschichte Frankreichs nach seiner Niederlage von 1870 ins Gedächtnis zu rufen. Man lese die Reden von Victor Hugo und Thiers in der Nationalversammlung von Bordeaux vor der Annahme des Friedensvertrages mit Deutschland, die Reden von Gambetta während der 70er Jahre. Erinnern wir uns, wie der französische Geist, ungebrochen in seiner Spannkraft und in seinem Stolz, von dem Augenblick an, wo Thiers mit Hilfe der Frankreich verbliebenen Armee den Kommuneaufstand niedergeworfen und damit Ordnung und nationale Einheit gerettet hatte, trotz aller inneren Parteikämpfe das Wohl, die Sicherheit und die Größe Frankreichs über jede andere Erwägung stellte. Solange der Geist der Arbeitsfreudigkeit und des zähen Fleißes, der Deutschlands wirtschaftlichen Aufstieg bedingte, im deutschen Volk nicht wieder lebendig wird, solange unser öffentliches Leben sich nicht zu Würde und berechtigtem nationalen Empfinden zurückfindet, wäre es ein verhängnisvoller Optimismus, zu glauben, Deutschland werde von irgendeinem Bande der Welt als beachtenswerter Faktor in die politische Rechnung eingestellt.

Beurteilt die öffentliche Meinung Deutschlands das Problem der künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien im Geist nüchterner Selbsterkenntnis und in verständnisvoller Würdigung der innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, mit denen Italien zu kämpfen hat, dann wird sie das Ihre dazu beitragen können, das Heranreifen eines auf gewissen gemeinsamen Interessen aufgebauten wirtschaftlichen Verhältnisses zu fördern. Jedes Mehr an Wünschen und Bemühungen wäre vom Ubel. „Surtout pas trop de zèle.“ Dieses klassische Wort, das einer der Meister diplomatischer Staatskunst, Talleyrand, seinen Mitarbeitern als politische Richtschnur empfahl, muß Italien gegenüber, sowohl für die Politik wie für die öffentliche Meinung Deutschlands, als Lösungswort gelten.



Zum Staatsvertrage zwischen Danzig und Polen

Von Kammergerichtsrat Dr. Sonntag, Berlin



egenwärtig weisen die Vertreter der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen in Paris, um vor dem Obersten Rat der Entente über das im Art. 104 des Versailler Friedensvertrages (V. F. V.) vorgesehene Abkommen zu verhandeln. Beide Teile haben Entwürfe für dieses Abkommen aufgestellt, die als Unterlage ihrer Verhandlungen dienen sollen. Wenn der polnische Entwurf in der deutschen Presse nicht die ihm bei seiner Gefährlichkeit gebührende Beachtung gefunden hat, so liegt dies daran, daß die Polen — ein Zeichen ebenso ihrer politischen Klugheit wie ihres schlechten Gewissens — ihren Entwurf für geheim erklärt haben, und die Danziger dieses Geheimhaltungsverlangen respektiert haben. So habe ich weder durch das preußische Justizministerium, noch durch die Danziger juristischen Behörden, noch durch Abgeordnete Danzigs ein Exemplar dieses polnischen Entwurfs erhalten